

Koordinierungsgruppe/KOG zur bundesweiten Vernetzung einer fortschrittlichen und alternativen Kommunalpolitik

Bergkamen, 24.6.2010

Erklärung zum 11. Kommunalpolitischen Ratschlag am 19.06.2010 in Bergkamen

Mit knapp 90 alternativen, fortschrittlichen Kommunalpolitikern aus **20 Städten und Wahlbündnissen** - vom AUFbruch aus Eisenach bis zum ZUG aus Albstadt - war der 11. kommunalpolitische Ratschlag gut besucht. Die Tagung fand in ansprechender Atmosphäre in der Ökologiestation des Kreises Unna in Bergkamen statt und war von BergAUF Bergkamen hervorragend organisiert.

Insgesamt war der Ratschlag mit seinen beiden Referenten zu den Hauptthemen **Krise der Kommunalfinanzen** (Referent Frank Kuschel, Altenburg/Thüringen) und **Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz** (Referent Heinrich Breuckmann, Castrop-Rauxel/NRW) ein voller Erfolg, und er unterstrich eindrucksvoll den breiten überparteilichen Charakter einer kämpferischen, fortschrittlichen Kommunalpolitik.

Einig waren sich alle Teilnehmer darin, dass die Mehrheit der Bevölkerung es ablehnt, wenn sie nun dafür bluten soll, dass für Großbanken und Großkonzernen von der Regierung hunderte von Milliarden Euro als „Schutzschirm“ bereit gestellt werden. Es wurde anhand eindrucksvoller Zahlen und Fakten deutlich gemacht, dass es für die Bevölkerung absolut keinen Grund dafür geben kann, auf irgendetwas zu verzichten. Im Gegenteil!

Gegen die strukturelle Krise der Kommunalfinanzen, mit der die Daseinsvorsorge in den Städten und Gemeinden mehr und mehr in Frage gestellt wird, wurde ein **Schuldenmoratorium und eine Zinsniederschlagung** gefordert. Beides kann nur auf Kosten der bereits wieder explodierenden Gewinne vor allem der Großbanken durchgesetzt werden. Die immensen Schulden der Städte und Gemeinden sind seit Beginn der 50er Jahre bereits mehr als vierfach bezahlt!

Außerdem müssen vor allem die Großbetriebe dazu gezwungen werden, wieder deutlich mehr Steuern zu bezahlen, z.B. durch einen deutlichen höheren Hebesatz bei der Gewerbesteuer. Die Kommunen benötigen auch dringend einen **höheren Anteil am Gesamtsteueraufkommen**, dieser ist in den letzten Jahrzehnten fast kontinuierlich zurückgegangen

Es wurde betont, dass es vor Ort **nicht um eine Verteidigung des Status quo** gegen die laufende Verschlechterung der Lebensbedingungen der breiten Massen gehen kann. Vielmehr muss selbstbewusst dafür

gestritten werden, die **Lebensqualität in den Kommunen zu verbessern** - wie zum Beispiel beitragsfreie Kindergärten, kostenlose Nutzung von Kultur- und Sporteinrichtungen und kostenlose Nutzung des ÖPNV.

Um all das zu erreichen, soll ein **breiter, kämpferischer und bundesweit koordinierter kommunaler Widerstand** über Stadtgrenzen hinweg entwickelt werden.

Dieser Widerstand muss den Einsatz zur **Rettung der Umwelt vor der Profitgier** einschließen. Es wurde deutlich, dass einerseits die umfassenden globalen Themen von verschiedenen fortschrittlichen Verbänden und Parteien angepackt werden und andererseits vor Ort meist ganz konkrete lokale Umweltfragen aufgegriffen werden, wie z.B. der Kampf gegen Müllverbrennungsanlagen, Kohlekraftwerke, Straßenneubauten usw. Um beides stärker mit einander zu verzahnen, soll mit einer deutlich verbesserten **Zusammenarbeit der Kommunalwahlbündnisse mit der „Bürgerbewegung für Kryo-Recycling, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz“** Fortschritte erzielt werden.

Insofern war es ein großer Erfolg, dass die Bürgerbewegung in den Rahmen des Kommunalpolitischen Ratschlages eingebunden war und ihre Aufgaben und Ziele deutlich machen konnte: Es ist heute bereits möglich, eine Ressourcen schonende Kreislaufwirtschaft unter Einschluss des Verfahrens zum Kryo-Recycling durchzusetzen. In den Kommunen stehen dafür die Flächen, das KnowHow und die Arbeitskräfte zur Verfügung und lebt und arbeitet die Masse der Menschen, die dies im gemeinsamen Zusammenschluss durchzusetzen vermögen. Freilich stehen dem zumeist profit- und wachstumsorientierte Wirtschaftsinteressen im Wege.

Zum Ende konnten sich alle Teilnehmer anhand des **Tätigkeitsberichtes** der Koordinierungsgruppe ein Bild von deren Arbeit seit dem letzten Ratschlag machen. Hier gab es vor allem Fortschritte beim Aufbau und der Nutzung einer neuen Homepage als wichtiges Instrument der stärkeren Vernetzung.

Eine **neue Koordinierungsgruppe** wurde gewählt, die in dieser Richtung weiter arbeiten soll. Vor allem gilt es auch, die verschiedensten Bündnisse, die bereits mitarbeiten, selbst zu mehr Kooperation und koordinierter Arbeit anzuregen sowie weitere fortschrittliche Bewegungen auf kommunaler Ebene für eine Zusammenarbeit zu gewinnen.